

Harmonie oder Terrorstaat: Im Osten nichts Neues?

Uwe Tanvir Pinno

„Ein Kokon des Terrors“ überschrieb die *Far Eastern Economic Review* im April 2002 einen Bericht über die Entwicklungen in Bangladesh seit dem Regierungsantritt der *BNP* und ihrer Koalitionspartner. Eine „Revolution“ sei es, was dort in Bangladesh seitdem geschehe: Religiöse Intoleranz und ansteigender Fundamentalismus bedrohe den Säkularismus, Gruppierungen riefen zum Kampf gegen die USA auf, terroristische Organisationen würden von Osama bin Laden finanziell unterstützt und die 64.000 *Madrassas* seien eine „potentielle politische Zeitbombe“. Insgesamt ein düsteres Bild des heutigen Bangladeshs. Ein ganz anderes Bangladesh zeichnete hingegen der bangladeschische Außenminister Morshid Khan während seiner USA-Reise Anfang Juni: Bangladesh sei „ein Land des absoluten Friedens und kommunaler Harmonie“, so der Politiker.

Beide Positionen spiegeln einen Medienkampf der beiden großen Parteien Bangladeshs wieder: Auf der einen Seite die linksgerichtete *Awami League* (AL) - bis zu den Wahlen Regierungspartei mit Sheik Hasina an der Spitze, auf der anderen Seite die konservative *BNP* mit Khaleda Zia als neuer Premierministerin, die bei den Wahlen im Oktober mit rund Zweidrittel der Stimmen ein sensationelles Ergebnis erreichen konnte.

Ein weiterer Gewinner der Wahlen war die islamistische *Jamaat-e-Islami*, Koalitionspartner der *BNP*, die ihren Sitzanteil im Parlament gegenüber den Wahlen von 1996 mehr als verfünffachen konnte.

Nach dem Wahlsieg der *BNP* boykottierte die *AL* mehrfach Parlamentssitzungen. Stattdessen konzentrierten sich die politischen Aktivitäten der *AL* innenpolitisch auf außerparlamentarische Aktionen, zu denen auch der in Bangladesh beinahe schon als normal empfundene *Hortal* (Streik) zählt, der das Land jährlich Unsummen kostet.

Dies ist umso bemerkenswerter, da es Sheik Hasina in ihrer Amtsperiode war, die diese Art von politischer Agitation kritisierte und versprach, daß es mit ihr in einer Oppositionspartei keine *Hortal* in Bangladesh geben werde. Für sie ist aber die neue Regierung trotz anderslautender

Studien internationaler Wahlbeobachter durch Wahlfälschungen an die Macht gekommen und entbehrt damit jeglicher Legitimität. Somit wird auch ihr Fernbleiben von der parlamentarischen Arbeit verständlich, denn eine Teilnahme an den Parlamentssitzungen entspreche einer Akzeptanz der neuen Regierung.

Das bengalische Wochenmagazin *Holiday* weiß aus Quellen der *AL* zu berichten, daß mittlerweile die meisten *AL*-Abgeordneten eine Teilnahme am Parlament befürworten, von der Parteivorsitzenden aber daran gehindert werden.

Außenpolitisch tritt Sheik Hasina insbesondere durch Äußerungen zur jetzigen Situation in Bangladesh in Erscheinung, die in ihrer Schärfe und Polemik ein Bild zeichnen, welches den Einschätzungen im oben erwähnten Artikel der *Far Eastern Economic Review* entsprechen.

Bei ihrem USA-Besuch Ende Mai äußerte sie sich beispielsweise dahingehend öffentlich, daß ihrer Einschätzung nach die jetzige Regierung Bangladesh als Terroristenstaat repräsentiere. Es sei „ein Hohn“, daß Khaleda Zia (*BNP*) zur UN-Kinderkonferenz fahre, während es die Kader der *BNP* selbst seien, die Kinder in Bangladesh entführten.

Aber auch die *BNP* spielt in der Medienschlacht mit gezinkten Karten. Während

Khaleda Zia außenpolitisch beinahe unverändert den Kurs ihrer Vorgängerin fortsetzt, legte die Nichtregierungsorganisation *Democracy Watch* jüngst eine Studie vor, die sich mit den Nachrichten der bengalischen Fernsehsender beschäftigte: Danach hätte der staatliche Sender *BTV* in den ersten vier Monaten des Jahres durchschnittlich 47 Prozent der Sendezeit der Abendnachrichten der *BNP*-Koalition gewidmet, während sich nur 0,62 Prozent der Berichte mit den politischen Positionen der *AL* befaßt hätten. Hinzu käme, daß dieser Sender Nachrichten des öffentlichen Interesses, wie z. B. Morde an Politikern und Geschäftsleuten sowie die zunehmende Kriminalität ausblende.

Doch welche Politik wird nun wirklich von der neuen Regierung verfolgt? Nach neun Monaten Amtszeit ist es an der Zeit, ein erstes Resümee zu ziehen:

Sicherheit - Rechtsstaatlichkeit

Die Zunahme von Gewalt, Kriminalität und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit in Bangladesh ist nicht erst mit der neuen Regierung aufgekommen. Es war gerade der Verfall der öffentlichen Ordnung, der ein Hauptwahlkampfthema

der BNP-Koalition darstellte und dem man mit der Politik der starken Hand entgegenwirken wollte. Nach der Regierungsübernahme wurde ein Subkomitee zur Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus ins Leben gerufen, welches diesbezüglich Strategien ausarbeiten sollte. Doch kann die Arbeit dieses Komitees als gescheitert angesehen werden (siehe Süd-asien Nr. 1/02).

Statt grundlegende Reformen z. B. im Polizeiapparat anzugehen, setzte die Regierung bislang eher auf in der Regel erfolgreiche großangelegte Aktionen, um Terroristen aufzuspüren, sowie auf den personellen Ausbau von Polizei und Sicherheitskräften. In der Vergangenheit sind immer wieder Fälle von Korruption und organisierter Kriminalität im Polizeiapparat aufgedeckt worden, so daß nach einer jüngst veröffentlichten Umfrage 98 Prozent der bangladeshischen Bevölkerung kein Vertrauen gegenüber der Polizei besitzt. In der Vergangenheit wurde der Polizeiapparat ebenfalls zu politischen Zwecken mißbraucht, u. a. um unbequeme Politiker unter Druck zu setzen. In Bangladesh existieren eine Reihe von Verordnungen, die es ermöglichen, Menschen län-

gere Zeit ohne Anklage festzunehmen. Bereits zu Zeiten der Vorgängerregierung wurde vermutet, daß einzelne Polizeistationen illegale Listen über Politiker führen, die es ermöglichen, Oppositionelle organisiert zu verhaften, wenn die Hintermänner dies für angebracht halten.

Eine Reform des Polizeiwesens in Bangladesh ist aber auch von der neuen Regierung nicht zu erwarten.

Die Bekämpfung von Korruption - ein weiteres Wahlkampfthema - ist ebenfalls kritisch zu betrachten: Das Anti-Korruptions-Komitee, das jüngst seinen zweiten Weißbuchbericht vorlegte (siehe „Im Überblick“), untersucht im wesentlichen Korruptionsfälle der alten Regierung und jetzigen Oppositionspartei. Auch gegen Sheik Hasina selbst läuft ein Verfahren wegen Veruntreuung von insgesamt 362.263 US-Dollar. Diese Vorgehensweise ist nicht neu und wurde ebenfalls beim vorherigen Regierungswechsel von der *Awami League* praktiziert. Zudem ermöglicht die Aufdeckung von Korruption bei Personen des öffentlichen Lebens einen Personalwechsel im eigenen Sinne.

Resümierend läßt sich feststellen, daß sich ohne einschneidende Strukturverän-

derungen die Korruptionsspirale nicht durchbrechen läßt.

So forderte am 11. Juni diesen Jahres auch die *Local Consultative Group* (LCG) der multi- und bilateralen Entwicklungspartner die Einrichtung einer unabhängigen Anti-Korruptionskommission sowie die Einrichtung einer unabhängigen Menschenrechtskommission. Der BNP-Minister Saifur Rahman reagierte auf die Forderung mit dem Hinweis, daß die Regierung dazu zwar bereit sei, aber ohne die Mitarbeit der Opposition dieses Vorhaben scheitern würde.

Eine „stärkere Hand“ als ihre Vorgängerin zeigt die neue Regierung im Bereich der Gesetzgebung. Eine Fülle von Verschärfungen und neuen Gesetzen wurden eingeführt, darunter beispielsweise ein Gesetz, das auf den Anstieg von Säureattentaten reagiert.

Verboten sind mittlerweile nicht nur der Handel sondern auch der Besitz und die Verwendung von Säure ohne staatliche Lizenz. Ein Sprecher der *Acid Survivors Foundation* betont aber, daß die Wirksamkeit des Gesetzes entscheidend davon abhängen werde, inwieweit das soziale Bewußtsein der Bevölkerung geschärft wer-



Das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber der Polizei ist auf dem Tiefpunkt (Foto: Walter Keller)

de - ein Argument, daß auf eine Vielzahl von Verordnungen und Gesetzen zutreffend ist. So steigt beispielsweise die Zahl der Eheschließungen von Minderjährigen trotz Verbot weiter an, und Kostenzuschüsse für den Rechtsbeistand von Sozialschwachen bleiben aus verschiedenen Gründen ungenutzt. In Bangladeshs überfüllten Gefängnissen sitzt die Mehrheit der 70.000 Gefangenen eine längere Haftzeit ohne Verhandlung ab, als bei einer Verurteilung vorgesehen wäre. Entsprechende Gesetze und finanzielle Mittel, die dies verhindern sollten, greifen nicht.

Doch ist eine Reform des juristischen Staatsapparates geplant. So wurde Mitte Juni Mahmudul Amin Chowdhury als oberster Richter vereidigt. Der 1938 Geborene und aus einer Familie mit reicher politischer Tradition stammende *Chowdhury*, setzt sich für die finanzielle und administrative Unabhängigkeit des Gerichtswesens ein.

Wirtschaft - Außenpolitik

Der wirtschaftliche Einbruch in Bangladesh ist insbesondere durch die Ereignisse des 11. Septembers ausgelöst worden. Bangladeshs Hauptexportgut sind Texti-

lien. Der größte Abnehmer sind die USA. Die Auftragslage ist mittlerweile so schlecht, daß der Schiffsverkehr im größten Handelshafen Chittagong zeitweise den historischen Tiefstand erreicht hatte.

Die ausländischen Investitionen sind rar, so daß die Regierung auch in der Frage der Errichtung eines neuen privaten Docks im Chittagonghafen durch amerikanische Firmen sehr vorsichtig agiert. Dieses Projekt wäre die größte private ausländische Investition in Bangladesh. Wohl auf Druck der Investoren versuchte die Regierung, die 20 Jahre alte Absprache mit den Dockarbeitern zu kippen, die nur die Einstellung von Hafendarbeitern erlaubt, die Mitglied der registrierten Gewerkschaften sind. Ein Streik der Hafendarbeiter war die Folge, während teilweise die ohnehin spärliche Fracht für Tage stecken blieb.

Der Bericht der *Asian Development Bank* vom April diesen Jahres bemerkte zu der schlechten Wirtschaftslage des Landes, daß eine baldige Trendwende auch durch die Stagnation im Kreditsektor und durch den Rückgang im Importbereich unwahrscheinlich sei. Auch in den Handelsbeziehungen mit Indien, von wo die meisten Rohmaterialien für die Textilindustrie

bezogen werden, sind kaum Fortschritte erzielt worden. Hintergrund für die verhärtete Position Bangladeshs im Bereich der Schutzzölle ist das Auslaufen der Handelsvergünstigungen im Jahr 2004. Durch Erhöhung der Einfuhrzölle versucht die Regierung Bangladeshs, Anreize im eigenen Land für die Produktion von Rohmaterialien zu schaffen. Kritiker bemängeln jedoch, daß die Infrastruktur als Voraussetzung dieser Maßnahme im Land fehle und so eher negative Auswirkungen auf die Preispolitik, besonders in der angeschlagenen Textilbranche, habe. Zudem wird der illegale Handel über die indische Grenze lukrativer, der nur schwer zu kontrollieren ist. Auch der IWF kritisiert diese Politik mit dem Hinweis, daß Bangladeshs Importtarife bereits jetzt zu den höchsten in Asien zählen. Mit dem Ziel einer freien Handelspolitik gelang es beispielsweise Pakistan, den Höchsttarif von 42,7 Prozent auf 30 Prozent zu senken. Ebenfalls bei 30 Prozent liegt der Tarif in Indien mit dem Ziel einer Senkung auf 20 Prozent in den nächsten drei Jahren. Bangladeshs Höchsttarif liegt momentan bei 37,5 Prozent.

Zu den kritischen Stimmen ist mittlerweile auch Finanzminister Saifur Rahman zu zählen, so daß abzuwarten bleibt, ob diese Politik der Regierung fortgesetzt wird.

Bei einem weiteren wichtigen Wirtschaftsthema, dem Export von Gas, konnten bisher keine Entscheidungen gefällt werden. Ein Hintergrund hierfür sind die sich widersprechenden ausländischen Studien über den Umfang der Gasreserven des Landes. Die von der Regierung in Auftrag gegebene Kommission, eine Zusammenarbeit der Geologischen Institute der Universitäten Dhaka, Rajshahi und Jahangirpur, gelangte zu dem Ergebnis, daß alle bisher vorgelegten Studien Mängel aufwiesen, und rieten der Regierung, die Entscheidung über den Export aufzuschieben, bis eine neue umfassende Studie vorläge.

In der Steuerpolitik legte die Regierung jüngst Reformpläne vor. Zu den wichtigsten Neuerungen zählt die Erweiterung der Steuerbemessungsgrundlage, ohne den Steuersatz zu erhöhen. Die Einkommensgrenze soll von 100.000 Taka pro Jahr auf 75.000 Taka gesenkt werden



Die Wirtschaftskrise trifft Kinder am härtesten (Foto: Uwe Tanvir Pinno)

(75.000 Taka entsprechen in etwa dem Einkommen der unteren Mittelschicht). Dies rief scharfe Proteste von Seiten der Opposition hervor und begründete den letzten großen Generalstreik im Juni. Bemerkenswerterweise wurde auch von Seiten der Opposition eine viel einschneidendere Veränderung kaum kritisiert: Einkommen, das reinvestiert wird, soll künftig steuerfrei bleiben. Ein wirksames Kontrollsystem wurde dabei nicht vorgesehen, so daß der Geldwäsche aus illegalen Einnahmen Tür und Tor geöffnet wird.

Armutsbekämpfung und Umwelt

Als einer der Topthemen im Regierungsprogramm bezeichnete Khaleda Zia die Bildungsprogramme einschließlich der Frauenförderung sowie den Zugang zu Bildung auch für Sozialschwache als Schlüssel in der Armutsbekämpfung.

Die Maßnahmen umfassen die finanzielle Unterstützung armer Schüler in der Grundschule, den kostenfreien Schulbesuch für Mädchen bis zur 12. Klasse, Trainingskurse für Frauen und spezielle Erwachsenenbildungsprogramme. In welchem Umfang diese Programme finanzpolitisch tragbar sind, bleibt abzuwarten.

Im Gesundheitsbereich hat sich der Trend, der während der *Awami*-Regierung eingesetzt hat, weiter verstärkt: Im staatlichen Krebskrankenhaus bleiben beispielsweise mittlerweile Hunderte von Patienten unbehandelt, da sie die ehemals kostenfreie Medikamente nicht bezahlen können. Gesundheitsorganisationen rechnen deshalb mit einem starken Anstieg von Krebstoten in den kommenden Monaten.

Das Verhältnis zu den zahlreichen NGOs im Land hat sich seit dem Regierungswechsel nicht grundsätzlich gewandelt. Dennoch belastet der Anstieg von Gewalt, auch gegenüber Minderheiten, und der Versuch der Regierung eine Pressekontrolle ausüben, das Verhältnis.

Besonders in der Region der *Chittagong Hill Tracts* (CHT), die erst wenige Jahre für Entwicklungsorganisationen offiziell erreichbar ist, ist die Sicherheitsfrage zu einem wichtigen Faktor geworden, nachdem es wiederholt zu Entführungen westlicher Ausländer kam. In den CHT

herrschten jahrzehntelang bürgerkriegsähnliche Zustände. Während dieser Zeit kam es immer wieder zu Vertreibungen der dort ansässigen Ethnien von Seiten der bengalischen Bevölkerung, welche auch nicht vor systematischen Massakern zurückschreckte. Erst die *Awami-League* konnte einen Friedensvertrag mit den dortigen Widerstandskämpfern erreichen, verpaßte aber die Chance einer öffentlichen Vergangenheitsbewältigung. Jahrzehntlang hatte man von Terroristen gesprochen, die von Indien unterstützt würden. Dieses Bild ist in der Öffentlichkeit auch nach dem Friedensschluß geblieben, so daß viele Zugeständnisse gegenüber verschiedenen Ethnien politisch nicht eingehalten werden konnten. In einer politisch noch schwierigeren Lage ist die neue Regierung, da es damals gerade diese Parteien waren, die den Anlaß des Friedensschlusses mit den „Terroristen“ mit einem Boykott des Parlamentes beantworteten.

Insgesamt hat sich an der Armutssituation des Landes in den letzten Jahren kaum etwas geändert: Im Quartalsbericht der *Asian Development Bank* ist vom Absinken der Armutsrate von pro Jahr ein Prozent die Rede, und eine jüngst vorgelegte Studie zeigt auf, daß sich das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen leicht verbessert habe. Auf einem Ende April stattfindenden Workshop mit dem Titel *Rural Poverty Mapping in Bangladesh* wurde hierzu angemerkt, daß der Einkommensanstieg lediglich Haushalte mit Eigenkapital betrafte. Im ländlichen Raum fielen bei der ärmeren Bevölkerung im Gegenteil die Löhne.

Im Bereich der Umweltpolitik hingegen ist mit dem neuen Umweltminister Shajahan Siraj ein deutlicher Wille zur Änderung der Situation zu erkennen:

Hatte ein Bericht zur Umweltsituation der UNDP vom letzten Jahr Dhaka als die Stadt mit der höchsten Schwermetallkonzentration in der Luft weltweit bezeichnet, reagierte die Regierung mit der Einführung von Katalysatoren, den Verbot des Imports von zweifaktigen Transportmaschinen (z. B. die sogenannten „Babytaxis“) und mit der Umsetzung eines jüngst gemachten Vorschlags, Schadstoffplaketten im Transportwesen einzuführen. Positiv ist auch der Erfolg zu bewerten, alle Plastikeinkaufsstätten in Dhaka

zu verbieten. Der Umweltminister setzte sich bereits seit langem für dieses Ziel ein, das aber nicht allein als Verdienst der Regierung zu bewerten ist, sondern erst mit dem großen Engagement der Medien und der Zivilgesellschaft durchgesetzt werden konnte.

Auch eine Aufforstungsinitiative in Bangladesh ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ob aber die Regierung ihr Versprechen einhalten kann, rund 56 Millionen Baumsetzlinge umsonst bzw. zu geringen Kosten auszugeben, ist mehr als fraglich. Weder für den Ausbau von Umweltgerichten (derzeit gibt es nur einige wenige Büros), wie vom Minister gefordert, noch für die Umsetzung des Programms zur Umsiedelung der Gerbereien, die als die Hauptverschmutzer besonders des Buriganga-Flusses gelten, scheinen die finanziellen Mittel bereits vorhanden zu sein.

Ausblick

Insgesamt betrachtet kann man von einer „Revolution“ in Bangladesh nicht sprechen. Viele bedenkliche Entwicklungen haben sich im Gegenteil fortgesetzt, bedauerlicherweise besonders negativ im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und öffentlichen Sicherheit.

Wer Bangladesh und das heiße politische Blut seiner Bewohner kennt, wird überrascht sein, daß vor kurzem in der bangladeshischen Tageszeitung *The Daily Star* ein langer Kommentar zum Verhalten der großen Parteien veröffentlicht wurde, der den Titel trug:

„Sind AL und BNP dieselbe Partei?“ Und der Kommentator fragte angesichts des jüngsten Generalstreiks weiter: „Wissen wir wirklich noch, warum gestreikt wird?“ **D**

► **Zum Autor:** Uwe Tanvir Pinno (M.A.) hat vergleichende Religionswissenschaften studiert. Seine Magisterarbeit behandelt ein bangladeshbezogenes Thema. Derzeit ist er u.a. für die Zeitschrift „NETZ Bangladesh“ tätig und gehört seit kurzem auch dem SÜDASIEN-Redaktionsteam an. Er ist mit einer Bangladeshi verheiratet und lebt in Bonn.